

# SPEYER JOURNAL

EIN MAGAZIN DER DEUTSCHEN UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Nr. 35, Sommersemester 2019



WITI

**OFFIZIELLER SPATENSTICH  
ZUM WITI-INNOVATIONS-  
LABOR**

INTERNATIONALES

**10 JAHRE MASTER-  
PROGRAMM „PUBLIC  
ADMINISTRATION“**

WEITERBILDUNG UND TAGUNGEN

**11. SPEYERER TAGE  
ZUM FRIEDHOFS- UND  
BESTATTUNGSRECHT**

# EDITORIAL



## Liebe Leserinnen und Leser

ein Höhepunkt im Sommersemester 2019 war sicherlich der offizielle Spatenstich zum WITI-Innovationslabor auf dem Campus. Mit diesem vollständig aus universitären Eigenmitteln finanzierten Bau setzt die Universität ein sichtbares Zeichen, dass sie als Zentrum der deutschen Verwaltungswissenschaften mit ihrer wissenschaftlichen Expertise einen wichtigen Beitrag für eine gut funktionierende, innovative und auf das Gemeinwohl orientierte Verwaltung leistet.

Die Ernennung unseres langjährigen Lehrbeauftragten Dr. Curt Jeromin zum Honororprofessor stärkt nicht nur die Lehre im anwaltlich orientierten Bereich des verwaltungswissenschaftlichen Ergänzungsstudiums nachhaltig gestärkt, sondern sichert auch die Behandlung der für die Juristenausbildung im öffentlichen Recht relevanten Bereiche des Planungs-, Bau- und Infrastrukturrecht innerhalb des Lehrangebots.

Ein musikalisch umrahmter überaus kurzweiliger Abendvortrag über „Verbotene Lieder“ und ein schöner Semesterabschlussball bildeten weitere Highlights im Sommersemester.

Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre.

Ihr  
Holger Mühlenkamp  
Rektor



## 17 Semester

Verbotene Lieder - staatliche Musikverbote der letzten 100 Jahre



## 39 Internationales

Armenischer Besuch in Speyer



## 44 Alumni

19. Treffen der Alumni-clubs.net Regionalgruppe Rheinland-Pfalz / Saarland

# INHALT

## 04 WITI

Speyerer Innovationstage starten mit dem offiziellen Spatenstich zum WITI-Innovationslabor

Vielfalt im Masterplanprozess Neuenheimer Feld in Heidelberg

## 08 Semester

Semestereröffnungsvortrag mit Buchvorstellung und Honorarprofessorenerennung

Klara Marie Faßbinder-Gastprofessur

Auswärtiges Amt unterstützt deutsch-georgisch-ukrainische SummerSchool

Verbotene Lieder- staatliche Musikverbote der letzten 100 Jahre

## 18 Forschung

Einheitliches Geodaten-Management in Rheinland-Pfalz

Neues aus dem Fugatus-Projekt

Projekt „IPA-Autonomy“

Multinational Trading Road-Systems as a Matter of International Infrastructure Administrative Law - The 'New Silk Road'-Example (as a concrete utopia)

## 24 Weiterbildung und Tagungen

11. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

Kooperation mit Korea: University / Public Institution-Industry Research Cooperation

Aufenthaltsrecht und soziale Teilhabe von Unionsbürgern. 3. Speyerer Migrationsrechtstage

Öffentliche Verwaltung in Deutschland

9. Speyerer Kommunaltage

Wichtigste Tagung zu Public Corporate Governance

## 36 Internationales

10-jähriges Jubiläum des gemeinsamen Masterprogramms „Public Administration“

Besuch von der ENA

Besuch aus Somalia

Summer Studies „On the Rhine“

Armenischer Besuch in Speyer

Internship

## 44 Alumni

## 46 Führungskolleg Speyer

## 52 Neues aus der Hochschuleseelsorge

## 54 Kurzmeldungen

## 57 Publikationen

## 58 Personal

# AUFENTHALTSRECHT UND SOZIALE TEILHABE VON UNIONS-BÜRGERN

## 3. SPEYERER MIGRATIONSRECHTSTAGE

---

Text: Vanessa Zeeb

### **Bereits zum dritten Mal fanden die Speyerer Migrationsrechtstage von Frau Univ. Prof. Dr. Janda im vergangenen September statt.**

Dieses Jahr beschäftigten sich die rund 45 Anwesenden mit der Frage nach dem Aufenthalt und der sozialen Teilhabe von Unionsbürger\*innen in der Bundesrepublik. Dabei stand die Unionsbürgerschaft als „grundlegender Status der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten“ - so die Rechtsprechung des EuGH - im Vordergrund, da diese unabhängig von Staatsangehörigkeit einen Anspruch auf rechtliche Gleichbehandlung vermittelt.

In ihrem einführenden Vortrag diskutierte Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda die Voraussetzungen der Freizügigkeit für Unionsbürger\*innen unter Bezugnahme auf die einschränkenden Bedingungen der Ausübung einer Beschäftigung oder finanziellen Leistungsfähigkeit und die damit einhergehende Problematik der geschwächten Freizügigkeit für „wirtschaftlich inaktive Personen“. Die verschiedenen Themen der 3. Migrationsrechtstage sind am AEUV und der RL 2004/38/EG orientiert und wie gehabt wechselten sich Theoretiker\*innen und Praktiker\*innen mit ihren Vorträgen ab. Wolfgang Veith als Vertreter des Regierungspräsidiums Darmstadt gab deshalb im Anschluss einen Überblick über die Feststellung des Verlusts des Freizügigkeitsrechts, die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, sowie die daraus folgende Ausreisepflicht der Unionsbürger\*innen und deren Familienangehörigen.

Britta Behrendt, Leiterin des Referats für Grundsatzangelegenheiten der Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie EU-Freizügigkeit im BMI, diskutierte den aufenthaltsrechtlichen Status von Familienangehörigen der Unionsbürger\*innen und stellte dabei auch auf das Freizügigkeitsmonitoring (<http://tinyurl.com/y52mheoh>) des BAMF ab. Ergebnis war, dass die Freizügigkeit von den Bedürfnissen des Binnenmarktes geprägt ist und sowohl Rechtsprechung als auch Gesetzgebung nicht schlüssig und bruchstückhaft sind. Sie fordert deshalb eine Harmonisierung und Neuregelung dieser Rechtsfragen.

Ein ähnliches Bild zeichnete auch Rechtsanwältin Gülay Tasli, die von den verschiedensten Schwierigkeiten der Familienangehörigen von freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger\*innen berichtete. Sie beklagte eine mangelnde Rechtskenntnis in den ausführenden Behörden sowie zu wenig qualifiziertes Verwaltungspersonal, um den diversen Schwierigkeiten begegnen zu können.

Beendet wurde der erste Tagungstag durch den Vortrag von Professorin Dr. Stamatia Devetzi, die die sogenannte Arbeitnehmer\*innen-Verordnung im Licht der Gleichbehandlung von Unionsbürger\*innen beim Zugang zu Grundsicherungsleistungen und den damit einhergehenden Grenzen der nationalen Solidarität analysierte. Fazit hier war auch die Frage nach der Rückbesinnung des EU-Rechts Richtung Marktbürger\*innenschaft sowie der Verweis auf widersprüchliche Rechtsprechung des EuGH sowie der deutschen Sozialgerichtsbarkeit.

Den zweiten Tag der Veranstaltung eröffnete Richter Dr. Frank Schreiber vom LSG Darmstadt mit einem Vortrag über den Zugang nichterwerbstätiger Unions-



Univ.-Prof. Dr. Constanze Janda konnte 45 Teilnehmer\*innen bei den 3. Migrationsrechtstagen in Speyer begrüßen

bürger\*innen zu existenzsichernden Leistungen aus Sicht der Sozialgerichtsbarkeit. Er berichtete über die Schwierigkeiten, mit denen die Gerichte konfrontiert sind. So sind etwa die Kammern mit vielen Richter\*innen besetzt, was zu Problemen bei der Konsensfindung führen kann und so dünn begründete Urteile entstehen. Oftmals fallen Menschen durch die weiten Maschen der Vorgaben und Gerichte, was durch eine bessere Feinsteuerung durch den EuGH verhindert werden könnte.

Als Statement aus der Praxis gab Maksymilian Markieton einen Überblick über die Beratungstätigkeiten eines freien Trägers in der Hilfe für wohnungslose EU-Bürger\*innen aufgrund des verwehrten Leistungszugangs zur Existenzsicherung. Damit einhergehend ist auch die Integration in den Arbeitsmarkt problematisch, was wiederum zu einer weiteren Verschärfung der Wohnungslosigkeit führt. Er plädiert deshalb für langfristige Lösungen und schnelle, unbürokratische Leistungen.

Einen Ausflug ins Arbeitsrecht bot der Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Gunther Mävers, der Rechtsfragen der Entsendung aus den Kernbereichen Arbeits(migration)recht, Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht thematisierte. Dabei zeigte sich, dass der Entsendebegriff in den verschiedenen Rechtsgebieten unterschiedlich definiert ist, was zu erheblichen Schwierigkeiten führt. Zudem wurde deutlich, dass es einen

Trend innerhalb der EU gibt, der hin zu mehr nationalen Beschäftigungsbedingungen führt.

Die Rechte der Entsandten bei einem Arbeitsunfall beleuchtete Stefanie Klein von der Deutschen Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland. Ziel ihrer Tätigkeit ist die Schließung von Versorgungslücken verunfallter entsandter deutscher Arbeitnehmer\*innen im Ausland. Das Auseinanderfallen des Unfall- und Behandlungstags mit dem Antrags- und Genehmigungstag in einigen EU-Staaten sorgt hier für größere Schwierigkeiten.

Während der zwei Tage hatten die Teilnehmenden sowie Vortragenden innerhalb der Diskussionsrunden ausreichend Gelegenheit spannende Fragen für Wissenschaft und Praxis zu erörtern. Dabei gab es einen regen Austausch von Erfahrungsberichten sowie Spezialfällen, die für alle Beteiligten hilfreich waren. Als Fazit der 3. Migrationsrechtstage lässt sich festhalten, dass die Unionsbürger\*innenschaft bis heute noch nicht zu einer völligen Gleichstellung führt, sondern bestimmte Gruppen in Deutschland sogar schlechter gestellt sind als Leistungsberechtigte im AsylbLG. Dabei werden Unionsbürger\*innen augenscheinlich innerstaatlich immer noch nicht als gleichwertig, sondern als Ausländer\*innen wahrgenommen. Die Anwesenden plädieren für eine Rückbesinnung auf die grundlegende Idee der europäischen Solidarität.

*Impressum*  
*SpeyerJournal Nr. 35*  
*Sommersemester 2019*

*Herausgeber*  
Der Rektor der Deutschen Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer

*Redaktion*  
Referat für Information und Kommunikation  
der Deutschen Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer  
Freiherr-vom-Stein-Straße 2  
67346 Speyer

*Design*  
Weiser Design Markenkommunikation, Stuttgart  
[www.weiser-design.de](http://www.weiser-design.de)

*Satz und Druck*  
Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften Speyer

*Fotonachweis*  
*Uni Speyer, Martina Dick, FKS, Gordon Folger,*  
*Luise Gruender, Kirstin Grunenberg, Constanze Janda,*  
*Susan Harris-Huemmert, Bettina Klimke-Stripf,*  
*Andreas Knorr, Editha Marquardt, Michèle Morner,*  
*Rubina Zern-Breuer*

*Foto auf Umschlagseite:*  
*Spatenstich WITI-Innovationlabor*  
*Foto: Uni Speyer*